



Protokoll

1. Sitzung des Gemeinderates
Montag, 14. April 2014, 19.00 Uhr,
Gemeinderatssaal, Stadthaus

TRAKTANDEN

- 1 Eröffnung der Sitzung durch das amtsälteste Mitglied

- 2 Mitteilungen

- 3 Protokollabnahme

- 4 Wahl des Büros:
des Präsidiums
des 1. Vizepräsidiums
des 2. Vizepräsidiums
der drei Stimmzähler/innen
der zwei Parlamentssekretärinnen

- 5 Wahl der Rechnungsprüfungskommission
(9 Mitglieder)

- 6 Wahl der Kommission Bildung und Kultur
(9 Mitglieder)

- 7 Wahl der Kommission Soziales und Gesundheit
(9 Mitglieder)

- 8 Wahl der Kommission Planung und Bau
(9 Mitglieder)

- 9 Wahl der Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit
(9 Mitglieder)

Allgemeine Geschäfte

- 10 Leistungsmotion 598 von Patricio Frei betreffend «Erhöhung für die Entwicklungszusammenarbeit im Ausland für die Jahre 2015-2018»
- 11 Postulat 600 von Silvio Foiera und Hilda Schelldorfer betreffend «Einsatz von Wasserstoff getriebenen Personenbussen und Kommunalfahrzeugen»

Präsenz

Vorsitz	Rolf Denzler (bis Traktandum 4, Wahl des Präsidiums) Walter Meier, Präsident
Protokoll	Catherine Wenzel, Parlamentssekretärin
Anwesend	34 Ratsmitglieder (inkl. Präsident)
Stadtrat	Martin Bornhauser, Stadtpräsident Werner Egli, Abteilungsvorsteher Finanzen Thomas Kübler, Abteilungsvorsteher Bau Sabine Wettstein-Studer, Abteilungsvorsteherin Bildung Barbara Thalmann Stammbach, Abteilungsvorsteherin Soziales Hans Streit, Abteilungsvorsteher Sicherheit Esther Rickenbacher, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Hansjörg Baumberger, Stadtschreiber
Entschuldigt	Paul Stopper Meret Schneider
Unentschuldigt Verspätet:	Seyhan Kâhya (ab Traktandum 4, Wahl des 1. Vize-Präsidium)
Presse	Christian Brütsch, AvU Eva Künzle, AvU

1 Eröffnung der Sitzung durch das amtsälteste Mitglied

Rolf Denzler referiert.

Eröffnung Legislatur 2014 - 2018

*Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates
Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, meine Damen und Herren des Stadtrates
Sehr geehrter Herr Stadtschreiber
Sehr geehrte Ratssekretärinnen und sehr geehrter Ratsweibel
Geschätzte Gäste, meine Damen und Herren auf der Tribüne.
Sehr geehrte Vertreter der Presse
Guten Abend, grüezi mitenand*

Ganz speziell begrüsse ich unsere neuen Gemeinderats-Kolleginnen und –Kollegen, die heute an ihrer ersten offiziellen Ratssitzung teilnehmen. Es sind dies:

- *Kathrin Agosti*
- *Deborah Bernhard*
- *Roman Ehrbar*
- *Markus Ehrensberger*
- *Monika Fitze*
- *Ivo Koller*
- *Marianne Rauber-Haller*
- *Richard Sägesser*
- *Theo Zwald*
- *neu sind auch*
 - *Meret Schneider*
 - *Paul Stopper**welche heute leider nicht an der ersten Sitzung teilnehmen können und sich entschuldigt haben*

Ganz herzlich willkommen. Ich wünsche Euch viel Energie und eine erfolgreiche Tätigkeit in Eurem neuen Amt. Ich freue mich auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit.

Vor 10 Jahren sass ich schon einmal auf diesem Stuhl. Es ist ein schönes und erhabenes Gefühl für die wohl vornehmste Aufgabe eines Gemeinderates wieder hier oben auf dem Bock zu sein und hier oben zu sitzen. Ich freue mich, die neue Legislatur eröffnen zu dürfen.

Als amtsältestes anwesendes Mitglied fällt mir diese Ehre zu. Fühle mich geehrt. Für mich erfreulich und eine schöne Erfahrung, dass auf das Alter und die Erfahrung gezählt wird. Darum stehe ich Ihnen allen mit Rat und Tat gerne zur Verfügung. Ich kann Ihnen aufzeigen, welche Anfrage und Vorstösse Sie nicht mehr stellen müssen und bereits vom Gemeinderat behandelt worden sind.

Die Ustermer haben Sie am 30. März 2014 als Mitglieder des Gemeinderates Uster für die kommende Legislatur (2014 – 2018) gewählt. Dies mit einer Stimmbeteiligung von lediglich 36 %. Gut zwei Drittel Stimmberechtigten haben sich nicht geäußert. Heisst das nun, dass diese ausgesprochen Vertrauen in die Ustermer Politik haben, also sehr grossen Optimismus in die Zukunft von Uster haben, oder ist einfach Politdistanz?

Sicherlich fehlt es etwas am Willen, verstärkt Verantwortung für die Gesellschaft – für Uster – zu übernehmen.

Es muss nun unser gemeinsames Ziel sein, in vier Jahren mehr Ustermer und Ustermerinnen an die Urne zu holen. Das ist unsere gemeinsame Herausforderung. Das gelingt uns nur mit einer konstruktiven Zusammenarbeit im Gemeinderat.

Wie gesagt, diese Situation macht die Arbeit im Gemeinderat für Sie, meine Damen und Herren Gemeinderäte, nicht einfach. Sie sind gefordert, unser Wirken der Bevölkerung von Uster näher und transparenter zu bringen. D.h. die Entscheide sind im Interesse und für die Mehrheit der Einwohnerinnen und Einwohner zu fällen, auch für diejenigen zwei Drittel, welche nicht gewählt haben.

Politik findet nicht nur im Gemeinderatssaal statt, sondern sie muss hinaus getragen werden u.a. auf die Strasse und in die verschiedensten Zusammenkünfte und Versammlungen der verschiedensten Organisationen, wo wir mitmachen. Bringen Sie sich ein und hören Sie zu, was Frau und Mann, was unsere Einwohner von Uster beschäftigt. Auch im Freundes- und Familienkreis ist die politische Diskussion aufzunehmen, denn dort liegt der Anfang das Interesse an der Politik zu wecken.

Unseren Einsatz im Gemeinderat müssen wir unserer Stadt widmen, d.h. für unsere Einwohnerinnen und Einwohner. Die Bevölkerung ist quasi unserer Kunde. Nähe ist ein zentraler Wert für uns Gemeinderäte. Es ist nicht nur die physische Nähe zum Wähler gemeint. Nähe bedeutet auch unmittelbarer Bezug und Verbundenheit zu Uster und seiner Bevölkerung. Nähe bedeutet weiter, dass wir genau hinschauen und die Bedürfnisse, Wünsche und Ziele von Uster erkennen. Dies verlangt Vertrauen und bedeutet, sich Zeit zu nehmen für Uster.

Das sind zusätzliche Engagements für Sie als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte.

Es ist eine Ehre im Parlament im Dienste der Ustermer Bevölkerung tätig zu sein. Über unseren Eigeninteressen muss immer das Wohl des Ganzen, das Gemeinwohl stehen. Sie sind der Bevölkerung von Uster verpflichtet. Die Einwohnerinnen und Einwohner von Uster dürfen und müssen auf uns vertrauen. Ohne Vertrauen kann keine erfolgreiche Politik gestaltet werden. Unser gemeinsames Ziel ist eine glaubwürdige Kommunalpolitik, die den Menschen näher gebracht wird und von ihnen auch akzeptiert und nachvollzogen werden kann.

Sie als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte bekommen nicht nur Rechte, sondern Sie müssen auch Pflichten wahrnehmen. Gegenseitiger Respekt ist die Basis unseres Handelns. Seien Sie und bleiben Sie innovativ und zukunftsorientiert. Dazu gehört: Zuhören, diskutieren, argumentieren und abweichende Meinungen zusammenbringen. Halten Sie den Dialog aufrecht und arbeiten Sie sinnesgemäss für lösungsorientierte und faire Kompromisse. Nur fordern aufgrund von ideologischen Prinzipien, führt zu nichts und bringt Uster nicht weiter.

Ich appelliere an Sie: Arbeiten Sie zusammen, gehen Sie die Sache lösungsorientiert an, so gelingt es uns, eine glaubwürdige und erfolgreiche Politik zum Gesamtwohl von Uster zu betreiben. Arbeiten wir gemeinsam an der Zukunft von Uster konstruktiv und sachbezogen weiter. Ich wünsche Ihnen dabei viel Kraft und gutes Gelingen.

Im Parlament wird bekanntlich geredet. Manchmal zu viel. Halten Sie sich kurz und klar. Seien Sie konzis. Franz Josef Strauss hat einmal gesagt:

„Man muss einfach reden, aber kompliziert denken, nicht umgekehrt.“

Nicht dass es über unsere Tagungen im Parlament heisst:

Man tagt, also tagt man, aber es tagt nicht.

In diesem Sinne erkläre ich die Legislatur 2014 – 2018 und die 1. Sitzung des Gemeinderates Uster für eröffnet.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Rolf Denzler begrüsst alle Anwesenden.

Es erfolgt der Namensaufruf durch die Parlamentssekretärin.

Änderung Traktandenliste/Tagesordnung

Es wird keine Änderung der Traktandenliste verlangt.

2 Mitteilungen

Aktuelle Informationen verweist der Vorsitzende auf die Aktenauflage.

Schlüsselverteilung: Grundsätzlich an der ersten Kommissionssitzung ausgenommen KBK und RPK.

3 Protokollabnahme

Das Protokoll der 41. Sitzung des Gemeinderates vom 17. März 2014 ist rechtzeitig aufgelegt. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 53 Abs. 4 i.V.m. Art. 67 Abs. 4 der Geschäftsordnung als genehmigt.

4 Wahl des Büros: des Präsidiums, des 1. Vizepräsidiums, des 2. Vizepräsidiums, der drei Stimmenzähler/innen und der zwei Parlamentssekretärinnen

Wahl des Präsidiums

Namens der Interfraktionellen Konferenz schlägt Rolf Denzler für die Wahl ins Präsidium Walter Meier (EVP) vor. Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Gemäss Art. 36, Ziff. 1, Abs. 2 der Geschäftsordnung des Gemeinderates erfolgt die Wahl geheim. Die Stimmenzähler werden gebeten, die Wahlzettel zu verteilen und nachher wieder einzusammeln.

Ergebnis der Wahl

Ausgeteilte Stimmzettel: 33

Ungültige Stimmen: 1

Leere Stimmzettel: 4

Als Präsident für das Jahr 2014/2015 ist Walter Meier mit 28 Stimmen gewählt.

Antrittsrede von Walter Meier

Am 10. September 1927 (Samstag) um Halb drei am Nachmittag hat das Parlament, wie wir es heute kennen erstmals getagt. Damals hatte es zwar nur 31 Mitglieder. Uster entschloss sich für diese Gemeindeorganisation, weil im gleichen Jahr Uster mit etwas mehr als 9000 Einwohnern entstanden war; 11 Zivilgemeinden hatten sich zusammengeschlossen; Nänikon und Wermatswil aber offenbar nicht ganz freiwillig. Ich vermute, dass die Aussenwachten Angst hatten, vom Zentrum überstimmt zu werden. In dieser Amtsperiode könnte dies sogar zutreffen – oft waren die Aussenwachten im Parlament und im Stadtrat überproportional vertreten.

Warum greife ich dies auf? Mein Urgrossvater, Robert Meier, ist mit seiner Familie, wozu auch noch seine Eltern zählten, ca. 1895 von Seebach nach Riedikon gezogen. Er hat damals die Ziegelei und zwei dazugehörige Bauernhöfe übernommen. Der älteste Sohn, ebenfalls Robert Meier, übernahm die Ziegelei von seinem Vater. Meinem Grossvater blieb als jüngstem Sohn weder Ziegelei noch Bauernhof – er wurde Posthalter in Riedikon. Am besagten 10. 9. 1927 wurde das „Büro“ (heute heisst dieses Gremium „Geschäftsleitung“) bestellt: der Vertreter aus Riedikon, Robert Meier, war einer der Stimmenzähler. Die Mitarbeit in der Geschäftsleitung des Gemeinderates ist also quasi Familientradition. (allerdings nicht ganz so ausgeprägt wie diejenige von Thalmanns).

Über drei Punkte war ich in den letzten Jahren im Parlamentsbetrieb nicht immer glücklich:

- 1. Die Sitzungsordnung täuscht vor, dass es nur links oder rechts im Parlament gibt. Der genaue Beobachter merkt, dass die Sachlage aber nicht so einfach ist. An sich müsste man mindestens einen Tisch quer zwischen die Blöcke stellen, weil sich gewisse Parlamentarier in der Mitte – also weder links noch rechts – zu Hause fühlen. Zudem stelle ich mir manchmal die Frage, welcher Entscheid nun gewerbefreundlich ist (da ich zumindest teilweise meine Brötchen beim Gewerbe verdiene, kann ich nicht offensichtlich gegen das Gewerbe abstimmen). Ein Beispiel: als es darum ging, den Kredit für die Bewirtschaftung der öffentlichen Grünanlagen zu kürzen oder nicht, stimmte die rechte Ratsseite für die Kürzung des Kredits, denn solche Kürzungen ermöglichen die Senkung des Steuerfusses. Andere stimmten dagegen, weil mit der Kürzung*

das Ustermer Gewerbe weniger Aufträge hat. Übrigens: in denjenigen KMU's in denen ich als Buchhalter tätig war und bin, spielt der Steuerfuss keine Rolle.

2. *Die Art und Weise wie man miteinander umgeht: Wir sind hier nicht im deutschen Bundestag; unser Parlament ist überschaubar und in den Kommissionen ist Zusammenarbeit gefragt. Es ist durchaus möglich, dass man mit einer Meinung eines Stadtrates oder Gemeinderates nicht einig geht. Es ist auch erlaubt, eine andre Meinung zu vertreten. Aber: sie soll so vertreten werden, dass man demjenigen, dem man die Meinung sagt, nachher noch in die Augen schauen kann.*
3. *Der dritte Punkt kommt etwas später – ich gehe davon aus, dass Sie das dann schon merken werden.*

Jetzt noch ein Wort zu den Parlamentswahlen. Wenn ich richtig gezählt habe, sind für die Amtsdauer 2014 – 2018 nur 16 Parlamentarierinnen und Parlamentarier gewählt worden (die auch das Amt angenommen haben), die schon vor 4 Jahren gewählt worden sind. Von den Wahlen 2006 sind noch 9 übrig geblieben, von den Wahlen 2002 2. Es liegt mir fern, jemanden vorschreiben zu wollen, wie lange sie oder er das Amt auszuüben hat. Für die Kontinuität wären 8 Jahre jedoch ideal.

Jetzt noch zu zwei speziellen Personen:

- *Werner Kessler erhält als Panaschierkönig eine Flasche Barolo (König der Weine)*
- *Rolf Denzler erhält als einzig verbliebener Nänikon eine Flasche Boca (es gibt Hoffnung, dass es wieder bergaufwärts geht)*

Seyhan Kähya ist eingetroffen, es sind 34 Ratsmitglieder anwesend das absolute Mehr ist 18.

Wahl des 1. Vizepräsidiums

Namens der Interfraktionellen Konferenz schlägt Rolf Denzler für die Wahl des 1. Vizepräsidiums Thomas Wüthrich (Grüne) vor.

Ergebnis der Wahl

Ausgeteilte Stimmzettel: 34

Ungültige Stimmen: 0

Leere Stimmzettel: 9

Massgebende einfache Stimmenzahl: 25

Absolutes Mehr: 13

Als 1. Vizepräsident für das Jahr 2014/2015 ist Thomas Wüthrich mit 25 Stimmen gewählt.

Wahl des 2. Vizepräsidiums

Namens der Interfraktionellen Konferenz schlägt Rolf Denzler für die Wahl des 2. Vizepräsidiums Hans Keel (SVP) vor.

Ergebnis der Wahl

Ausgeteilte Stimmzettel: 34

Ungültige Stimmen: 0

Leere Stimmzettel: 4

Massgebende einfache Stimmenzahl: 30

Absolutes Mehr: 16

Vereinzelte Stimmen: 26

Als 2. Vizepräsident für das Jahr 2014/2015 ist Hans Keel mit 26 Stimmen gewählt.

Wahl der Stimmzähler

Namens der Interfraktionellen Konferenz schlägt Rolf Denzler für die Wahl der Stimmzähler/innen Marianne Siegrist, Kathrin Agosti und Bruno Modolo vor. Dieser Vorschlag wird nicht vermehrt.

Als Stimmzähler/innen für das Jahr 2014/2015 werden mit 33 Stimmen Marianne Siegrist, Kathrin Agosti und Bruno Modolo gewählt.

Wahl der zwei Parlamentssekretärinnen

Die Geschäftsleitung schlägt die Bestätigung von Catherine Wenzel und Monika Füllemann als Parlamentssekretärinnen vor.

Als Parlamentssekretärinnen für die Amtsdauer 2014-2018 werden Catherine Wenzel und Monika Füllemann mit 33 Stimmen gewählt.

5 Wahl der Rechnungsprüfungskommission (9 Mitglieder)

Namens der Interfraktionellen Konferenz macht Rolf Denzler folgenden Vorschlag:

Gabriela Seiler (SVP)

Markus Wanner (SP)

Giuseppe Biacchi (SVP)

Markus Ehrensperger (SVP)

Walter Strucken (SP)

Rudolf Locher (FDP)

Walter Meier (EVP)

Jürg Gösken (GLP)

Patricio Frei (Grüne)

Die Wahlvorschläge werden nicht vermehrt.

Ergebnis der Wahl:

Die Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission werden einstimmig (mit 33 Stimmen) gewählt.

Namens der Interfraktionellen Konferenz schlägt Rolf Denzler für **die Wahl ins Präsidium der RPK** Gabriela Seiler vor.

Ergebnis der Wahl:

Als Präsidentin der RPK wird einstimmig (mit 32 Stimmen) Gabriela Seiler gewählt.

6 Wahl der Kommission Bildung und Kultur (9 Mitglieder)

Namens der Interfraktionellen Konferenz macht Rolf Denzler folgenden Vorschlag:

Claudia Wyssen (SP)

Anita Borer (SVP)

Gabriela Seiler (SVP)

Deborah Bernhard (SVP)

Kathrin Agosti (SP)

Marianne Siegrist (FDP)

Walter Meier (EVP)

Ursula Räuftlin (GLP)

Patricio Frei (Grüne)

Die Wahlvorschläge werden nicht vermehrt.

Ergebnis der Wahl:

Die Mitglieder der Kommission Bildung und Kultur werden einstimmig (mit 33 Stimmen) gewählt.

Namens der Interfraktionellen Konferenz schlägt Rolf Denzler für **die Wahl ins Präsidium der KBK** Claudia Wyssen vor.

Ergebnis der Wahl:

Als Präsidentin der KBK wird einstimmig (mit 33 Stimmen) Claudia Wyssen gewählt.

7 Wahl der Kommission Soziales und Gesundheit (9 Mitglieder)

Namens der Interfraktionellen Konferenz macht Rolf Denzler folgenden Vorschlag:

Jürg Gösken (GLP)
Richard Sägesser (FDP)
Theo Zwald (SVP)
Hilda Schelldorfer (EDU)
Julia Amherd (SP)
Walter Strucken (SP)
Monika Fitze (SP)
Mary Rauber (EVP)
Paul Stopper (BPU)

Die Wahlvorschläge werden nicht vermehrt.

Ergebnis der Wahl:

Die Mitglieder der Kommission Soziales und Gesundheit werden einstimmig (mit 33 Stimmen) gewählt.

Namens der Interfraktionellen Konferenz schlägt Rolf Denzler für **die Wahl ins Präsidium der KSG** Jürg Gösken vor.

Ergebnis der Wahl:

Als Präsident der KSG wird einstimmig (mit 32 Stimmen) Jürg Gösken gewählt.

8 Wahl der Kommission Planung und Bau (9 Mitglieder)

Namens der Interfraktionellen Konferenz macht Rolf Denzler folgenden Vorschlag:

Rolf Denzler (SVP)

Wolfgang Harder (CVP)

Hans Keel (SVP)

Markus Ehrensperger (SVP)

Balthasar Thalman (SP)

Seyhan Kâhya (SP)

Rudolf Locher (FDP)

Bea Mischol (GLP)

Meret Schneider (Grüne)

Die Wahlvorschläge werden nicht vermehrt.

Ergebnis der Wahl:

Die Mitglieder der Kommission Planung und Bau werden einstimmig (mit 33 Stimmen) gewählt.

Namens der Interfraktionellen Konferenz schlägt Rolf Denzler für **die Wahl ins Präsidium der KPB** Rolf Denzler vor.

Ergebnis der Wahl:

Als Präsident der KPB wird einstimmig (mit 32 Stimmen) Rolf Denzler gewählt.

9 Wahl der Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit (9 Mitglieder)

Namens der Interfraktionellen Konferenz macht Rolf Denzler folgenden Vorschlag:

Matthias Bickel (FDP)

Thomas Wüthrich (Grüne)

Giuseppe Biacchi (SVP)

Bruno Modolo (SVP)

Roman Ehrbar (SVP)

Markus Wanner (SP)

Marius Weder (SP)

Ivo Koller (BDP)

Werner Kessler (BPU)

Die Wahlvorschläge werden nicht vermehrt.

Ergebnis der Wahl:

Die Mitglieder der Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit werden einstimmig (mit 33 Stimmen) gewählt.

Namens der Interfraktionellen Konferenz schlägt Rolf Denzler für **die Wahl ins Präsidium der KÖS** Matthias Bickel vor.

Ergebnis der Wahl:

Als Präsident der KÖS wird einstimmig (mit 32 Stimmen) Matthias Bickel gewählt.

10 Leistungsmotion 598 von Patricio Frei betreffend «Erhöhung für die Entwicklungszusammenarbeit im Ausland für die Jahre 2015-2018»

Der Motionär Patricio Frei referiert.

*Sehr geehrter Herr Präsident
Geschätzte Anwesende*

Nini Cardona ist eine Mutter in den kolumbianischen Anden, die ich letztes Jahr persönlich kennengelernt habe. Die Bäuerin hatte von einer Hilfsorganisation mehrere Hühner bekommen, damit sie durch den Verkauf der Eier ein zusätzliches Einkommen erhält, um ihre Kinder durchzubringen. Als sich herausstellte, dass sie die Eier zu einem tieferen Preis als marktüblich verkaufte, erklärte sie, dass die Käufer ihre Nachbarn seien und ebenfalls arm seien.

Das Beispiel von Nini Cardona zeigt eindrücklich, wie Solidarität funktioniert. Und diese Leistungsmotion lädt Sie ein, es ihr gleich zu tun.

Gemäss Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) leiden derzeit 870 Millionen Menschen an Hunger. Sie sind Grund genug, etwas von unserem Glück und unserem Wohlstand über ein Hilfswerk mit anderen zu teilen – sei es jeder individuell als Einzelperson oder wir als Gemeinde.

Die bürgerliche Seite wird argumentieren, dass Entwicklungszusammenarbeit nicht Aufgabe einer Gemeinde sei. Dem halte ich entgegen, dass die Uno den reichen Ländern wie der Schweiz empfiehlt, 0,7% ihres Bruttoinlandprodukts in Entwicklungszusammenarbeit zu investieren. Und mindestens solange dieselben bürgerlichen Parteien verhindern, dass die Schweizer Unterstützung über 0,5% hinauskommt, ist es sehr wohl nötig, dass sich Gemeinden wie die Stadt Uster ihrer wirtschaftlichen Kraft entsprechend für die Entwicklungszusammenarbeit im Ausland einsetzen.

Abgesehen vom Sparen haben die Gegner dieser Vorlage kaum ein Argument. Was mich erstaunt: Weshalb hat noch nie jemand den Antrag gestellt, den Beitrag für die Entwicklungszusammenarbeit ganz zu streichen? Das müsste der logische Gegenentwurf zu meinem Antrag sein. Zwar leistet Uster verglichen mit anderen Gemeinden den tiefsten Betrag. Aber ohne nichts soll die Stadt doch nicht da stehen. Die 20'000 Franken sind also nicht viel mehr als ein Feigenblatt.

Wir Grünen verlangen nun, dass wir dieses Feigenblatt in ein anständiges Ahornblatt verwandeln. Das ist zwar noch immer nicht viel, aber immerhin sind die 80'000 Franken ein Betrag, der eher Uster entspricht. Zeigen Sie sich solidarisch – wie die kolumbianische Mutter Nini Cardona – indem Sie dem Antrag zustimmen. Uster wird deshalb nicht unter gehen, aber damit helfen wir benachteiligten Menschen.

*Patricio Frei
Gemeinderat Grüne*

Der Vorsitzende fragt den Stadtrat an, ob er bereit ist, die Leistungsmotion entgegenzunehmen.

Werner Egli führt namens des Stadtrates aus, dass dieser nicht bereit dazu ist. Bereits im Januar 2013 wurde eine Leistungsmotion mit identischem Inhalt vom Rat abgelehnt. In der Budgetsitzung 2013 wurde der gleiche Antrag wieder gestellt. Dieser wurde seitens der RPK und GR abgelehnt. Jetzt liegt wieder eine neue Leistungsmotion auf dem Tisch, in der nunmehr 80 000 Franken gefordert werden. Das Instrument der Leistungsmotion eignet sich nicht für Anpassungen auf der Ausgabenseite. Mit den Forderungen in dieser Leistungsmotion ist es übertrieben dieses Instrument zu gebrauchen. Dafür braucht es keinen Leistungsauftrag. Dafür sind Beratungen in der Budgetdebatte da. Wenn diese Art von Budgetanpassungen Schule machen würden, hätten wir Dutzende von Leistungsmotionen. Der Stadtrat empfiehlt dem Motionär, sein Anliegen in der Budgetdebatte nochmals zu stellen. Er bittet den Rat, diese Leistungsmotion nicht zu überweisen. Sie öffnet die Türe für einen Haufen Arbeit, die nicht angebracht ist.

Marianne Siegrist

*Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident
Geschätzte Anwesende*

Wieder einmal mehr kommt ein moralisch angehauchter Vorstoss von den Grünen.

Wohl jede Person in diesem Raum ist der Meinung, dass wir in der westlichen Welt eine gewisse Verpflichtung haben, etwas zu unternehmen, damit Hunger und Elend dieser Welt minimiert wird und idealerweise irgendwann ausgemerzt wird. Dass Millionen von Menschen unterernährt sind oder gar an ihrem Hunger sterben ist beschämend, keine Frage! Die Frage ist nur, und da unterscheiden sich die Meinungen beträchtlich, wer diesen riesigen Missstand lindern soll und wie dieses Problem angegangen werden soll.

Die Meinung der FDP ist klar: sicher ist es nicht die Aufgabe der Stadt Uster, bzw. generell von Gemeinden, Steuergelder an Organisationen für ausländische Entwicklungszusammenarbeit zu verteilen. Diese Aufgabe übernimmt vor allem der Bund, IKRK, DEZA, SECO, um die wichtigsten Organisationen zu erwähnen. Zusätzlich ist die Unterstützung von Entwicklungsprojekten im Ausland auch bei den Landeskirchen angesiedelt und hat eine lange Tradition. Zusätzlich soll jeder Bürger und jede Bürgerin frei entscheiden, mit welchem Betrag er welche Organisation unterstützen möchte. Jede Person entscheidet selbstverantwortlich und soll ihre Haltung mit dem eigenen Gewissen vereinbaren.

Die Stadt Uster unterstützt vor allem Projekte im Inland. Dies ist in Ordnung. Ein Bergdorf zum Beispiel, welches durch eine Überschwemmung oder durch eine Lawine betroffen wurde und viel Geld nötig hat für die Wiederherstellung, da soll Soforthilfe geleistet werden und Solidarität spielen, auch von Seiten der Gemeinden. Für diese Soforthilfe im Inland sind kaum administrativen Aufwände verbunden. Im Gegensatz dazu wären grosse administrative Aufwände nötig, um die Hilfswerke nach gewissen Kriterien zu beurteilen und zu unterstützen, ZEWO zertifiziert hin oder her.

Die FDP vertraut darauf, dass der Stadtrat in eigener Kompetenz einen etwas höheren Beitrag bei einem inländischen Katastrophenfall sprechen würde, sofern die Umstände dies erfordern würden.

Die FDP wird diese Leistungsmotion nicht überweisen.

Marianne Siegrist

Jürg Gösken

*Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Anwesende*

Mit dem ersten Sachgeschäft der neuen Legislatur könnte diese mit einer guten Tat beginnen, indem wir die Beiträge an die Entwicklungszusammenarbeit erhöhen und damit etwas nahezu rein Altruistisches tun.

Einen direkten Nutzen wird Uster nicht daraus ziehen können, wenn einfach mehr als bisher für die Entwicklungszusammenarbeit aufgewendet würde. Bei den notleidenden Menschen, wo die Hilfe ankommt, sähe es dagegen komplett anders aus. Und wenn Uster es richtig gut machen möchte, wäre gar eine echte Zusammenarbeit und ein Austausch möglich, was unsere Gemeinde durchaus kulturell bereichern könnte.

Die Leistungsmotion fordert eine Erhöhung der Beiträge an ZEWO-zertifizierte Hilfswerke, welche Uster näher an den Durchschnitt vergleichbarer Gemeinden heranbringt und somit einen angemesseneren Beitrag als Gemeinde in der föderal finanzierten Entwicklungszusammenarbeit der Schweiz leistet.

Der Gemeinderat beschäftigte sich ja bereits im letzten Herbst, sowie im letzten Frühling mit dem Thema, wobei nicht oder weniger die jeweilige Höhe der Beiträge kritisiert wurden – auch Werner Egli erklärte soeben, dass der geforderte Betrag sogar zu tief für eine Leistungsmotion sei -, sondern vielmehr prinzipielle Einwände gegen staatliche Entwicklungshilfe im Allgemeinen oder Zweifel, daran, ob die Hilfe auch wirklich dort ankommt, wo sie nötig ist und so ankommt, dass sie nachhaltig etwas verbessern wird.

Da Uster schon seit Langem regelmässig etwas Entwicklungshilfe leistet, bekennt sich Uster durchaus zum Prinzip, dass neben freiwilligen privaten Spenden, sowie der Entwicklungszusammenarbeit von Bund, Kantonen und den meisten Gemeinden auch staatliche Entwicklungshilfe seitens Uster geleistet werden soll. Da müsste ich Marianne Siegrist korrigieren, dass vor allem nur der Bund tätig sei. – Dies könnten die anwesenden Kantonsräte für den Kanton Zürich relativieren.

Wie Entwicklungszusammenarbeit zu leisten ist, daran scheiden sich offenbar die Geister. Es gibt gute und schlechte Beispiele von Hilfsprojekten, ausserdem wären Lösungen denkbar, wie statt anonymer Hilfe, konkrete Projekte mit gutem Austausch anzustreben wären. Zum Beispiel, wenn Uster als Standort der Japanischen Schule bei Wiederaufbau und Dekontamination im Tsunami- bzw. radioaktiv belasteten Gebiet in Japan helfen könnte.

Ist es aber richtig, dass man einfach nichts tut, weil man befürchtet, dass das was man tun würde, nicht genau im eigenen Sinn geschähe?

Die Mehrheit unserer Fraktion findet, solange kein besserer Vorstoss vorliegt, sollte man schon mal anfangen zu handeln und kann später immer noch optimieren. Wir vertrauen auch durchaus darauf, dass der Stadtrat bei der Verfügung dieser Beiträge geeignete Projekte finden wird, bzw. dort wo er bisher schon Beiträge leistet, das Engagement Usters noch verstärken könnte.

Die Mehrheit der Fraktion unterstützt in diesem Sinne die Leistungsmotion. – Ich danke.

Anita Borer

Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren

- *Über das Anliegen, Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit zu erhöhen, hat der Gemeinderat bereits mehrmals abgestimmt.*
- *Das Anliegen wurde bereits zweimal verworfen. Dass dieses nun erneut kommt, ist Zwängerei.*
- *Die SVP-/EDU-Fraktion hat ihre Haltung dazu bereits im vergangenen Jahr dargelegt. Für uns auch dieses Mal klar: wir unterstützen den Vorstoss nicht.*

Gerne führe ich nochmals unsere Argumente ins Feld:

- *Grundsätzlich Frage der Zuständigkeit: Es ist nicht Aufgabe der Stadt Uster, Geld an die Entwicklungszusammenarbeit ins Ausland zu zahlen*
- *Es ist vor allem nicht angebracht, dass wir für den Steuerzahler entscheiden, welche Organisation wir mit seinen Steuergeldern unterstützen.*
- *Wenn caritative Organisationen unterstützt werden sollen, dann hätten wir viele Organisationen mit Projekten vor Ort, die ebenfalls auf Geld angewiesen wären.*
- *Die Schweizerinnen und Schweizer sind sehr spendabel, was privates Spenden anbelangt. Das ist gut, aber es muss weiterhin so sein, dass jede einzelnen Person selber entscheiden kann, wie viel und an welche Organisation er oder sie spenden möchte.*

- *Ich habe einen Lösungsvorschlag für die linke Seite: sorgen Sie dafür, dass es der Ustermer Bevölkerung gut geht. Dass sie wenig Steuern und Abgaben bezahlen und verhindern sie immer mehr Staatsausgaben, die die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler mitfinanzieren müssen.*
- *Dann haben die Ustermer Bürgerinnen und Bürger nämlich noch Geld zur Verfügung, um caritative Organisationen aus freien Stücken zu unterstützen.*
- *Danke für die nochmalige Ablehnung des Anliegens.*

Werner Kessler ergreift das Wort. Er führt aus, dass er seit Jahren Hilfskonvoi nach Orten wie Tschernobyl, Uganda oder Ghana begleitet hat. Er musste leider zur Erkenntnis gelangen, dass es den Leuten dort nicht besser geht heute. Deshalb konzentriert er sich gegenwärtig auf Unterstützungen in der Schweiz und nicht mehr im Ausland. Er unterstützt aus diesen Gründen die Leistungsmotion nicht.

Werner Egli ergreift nochmals das Wort. Die beantragte Erhöhung sollte nicht via Leistungsmotion gefordert werden sondern im Herbst in der Budgetdebatte. Es macht keinen Sinn, dieses Anliegen über eine Leistungsmotion einzubringen. Sonst wird irgendwann der Leistungsauftrag 200 Seiten stark.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 15 : 17 Stimmen

Die Leistungsmotion wird nicht überwiesen.

11 Postulat 600 von Silvio Foiera und Hilda Schelldorfer betreffend «Einsatz von Wasserstoff getriebenen Personenbussen und Kommunalfahrzeugen»

Für die Postulanten referiert **Hilda Schelldorfer**.

Sehr geehrter Herr Ratspräsident

Sehr geehrte bekannte und neue Ratskolleginnen und – Kollegen

Vor dem Hintergrund der Energiestrategie 2050 des Bundes und der sich zunehmend verteuernenden fossilen Brennstoffe sowie der Abhängigkeit von ausländischen Lieferanten gilt es, Alternativen für den zukünftigen Betrieb von Fahrzeugen zu entwickeln.

Im Grundsatz geht es für die Stadt Uster primär darum, Überlegungen zur Beteiligung an Pilotprojekten zu machen. Mit der Nutzung von bereits bestehenden Plattformen (z.B. Höhere Fachschule Uster, welche seit Januar 2013 einen Bildungsgang für Erneuerbare Energien anbietet) sowie aufgrund der Nähe zu Hochschulen und Forschungsinstitutionen (ETH, Uni, EMPA etc.) könnte für Uster eine weitere Aufwertung des Bildungsstandortes erzielt werden.

Ausserdem wären auch Kooperationen mit VZO, VBG oder PostAuto Schweiz AG zu überprüfen. Diese verkehrt in der Region Brugg seit über zwei Jahren erfolgreich mit H₂-Brennstoffzellenbussen von Mercedes-Benz. Das Bundesamt für Energie hat ihr dafür den Watt-d'Or-Preis verliehen. Auch verschiedene andere Autohersteller von Lastwagen bis zum Privatauto sehen in dieser Technologie eine Zukunft.

Der Einsatz von mit Wasserstoff getriebenen Fahrzeugen würde ein nachhaltiges Engagement mit Pioniercharakter im Rahmen der „Energistadt Uster“ bedeuten. Die anvisierte Wasserstofftechnologie verspricht eine ökologische und umweltschonende Betriebsweise mit Abkehr von den ständig ansteigenden Treibstoffkosten.

*Ich bitte Sie, der Überweisung dieses Postulates an den Stadtrat zuzustimmen.
Besten Dank.*

Hilda Schelldorfer

Der Vorsitzende fragt den Stadtrat an, ob er bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen.

Stadtrat Thomas Kübler führt aus, dass der Stadtrat nicht dazu bereit ist. Zur Begründung: Im Jahre 2005 hat der Stadtrat entschieden, seine Fahrzeuge mit Erdgas zu betreiben, sofern dies nicht teurer ist als mit herkömmlichen Fahrzeugen. Die Postulanten wollen aber die favorisierten Fahrzeuge priorisieren. Diese sind unbestrittenermassen umweltfreundlich, haben aber auch einige Pferdefüsse. Das Tankstellennetz ist zum einen zu klein. Eine solche Tankstelle in Uster zu betreiben, würde nur schon mal 3 Mio. Franken kosten. Dann wird das teure Edelmetall Platin verwendet, was die Fahrzeuge sehr teuer macht. Es ist deshalb noch zu früh, um umzudenken, die Entwicklung wird aber selbstverständlich mitverfolgt. Es hat – weil die Zahlen schon ziemlich erhärtet sind – keinen Sinn, das Postulat zu überweisen.

Ursula Räuftlin

*Sehr geehrter Herr Präsident,
geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen
geschätzte Anwesende*

*Auf den ersten Blick tönt dieser Vorstoss ja sehr verlockend.
Wer möchte in Uster nicht leisere Fahrzeuge, die zudem statt Abgasen nur Wasserdampf
ausstossen? Eigentlich aus der ökologischen Sicht absolut unterstützenswert.*

Auf den zweiten Blick sieht's dann doch etwas anders aus:

- Die Herstellung und Speicherung von Wasserstoff ist sehr aufwändig und energieintensiv.
Also doch nicht zwingend so ökologisch?*
- Es müsste eine enorm teure Infrastruktur für eine Wasserstofftankstelle erstellt werden. Bei
den in Uster anstehenden Investitionen höherer Priorität, Stichwort Schulhäuser, reichen
dazu die finanziellen Mittel vorläufig eher nicht.*
- Leiser sind solche Fahrzeuge auch nur bei geringen Geschwindigkeiten. Ab ca. 30/35 km/h
verursachen in erster Linie die Abrollgeräusche der Reifen den Lärm. Lärmtechnisch brächte
Tempo 30 für die lärmgeplagte Bevölkerung mehr.*

*Diese innovative Technologie an und für sich wäre schon sehr interessant und würde Uster als
Energistadt sicher weiterbringen. Aber ist es wirklich Aufgabe der Stadt Forschung zu betreiben
und zu unterstützen? Hier könnte unser Wirtschaftsförderer sein Engagement in Gesprächen und
Verhandlungen mit Hochschulen verstärken, um diese dazu zu bewegen, sich mit einem
Aussenstandort in Uster niederzulassen. Dies würde unsere Mittefraktion sehr begrüßen, würde
dies doch den Arbeitsort Uster stärken.*

*Wir sind mehrheitlich der Meinung, dass die Bereitstellung einer so teuren Infrastruktur und die
Unterstützung der Forschung nicht Sache einzelner Gemeinden sein kann und werden deshalb diese
Motion mehrheitlich ablehnen.*

*Ursula Räuftlin
Gemeinderätin Grünliberale*

Markus Wanner

Patricio Frei

*Sehr geehrter Herr Präsident
Geschätzte Anwesende*

*Anlässlich der Informationsveranstaltung der Energie Uster AG vom letzten September fragten die
Grünen den anwesenden Verwaltungsrat, inwiefern Wasserstoff in der Geschäftsstrategie eine Rolle
spiele. Die für die Grünen ernüchternde Antwort: Keine!*

*Wenn sich also schon die Energie Uster nicht dafür interessiert, so soll es nun wenigstens die Stadt
Uster tun. Immerhin haben wir ja einen Umweltartikel in der Gemeindeordnung, der von der Stadt
verlangt, den Energieverbrauch und die CO₂-Emissionen kontinuierlich zu senken. Und gerade für
letzteres bietet sich Wasserstoff an.*

*Experten sind sich einig: Wasserstoff ist ein Energieträger der Zukunft – sei es als Speichermedium
oder als Brennstoff. Zur Speicherung von Solarstrom ist er geradezu ideal. Er kann einfach
gewonnen werden. Eine Photovoltaikanlage auf dem Dach reicht und sie können Wasserstoff
zu Hause herstellen. So ein Ustermer, der den Wahlstand der Grünen besuchte, und das selber bei
sich zu Hause so bewerkstelligt.*

Nicht ganz so optimistisch wie die EDU sind die Grünen in Bezug auf die Brennstoffzellenautos. Selbstverständlich haben wir die Entwicklungen laufend verfolgt. So verfolgt Daimler das Konzept mit eigenem Windstrom aus der Nordsee selber Wasserstoff zu produzieren und an den eigenen Wasserstoff-Tankstellen die Daimler-Brennstoffzellenautos mit Energie versorgen. Interessant dabei ist, dass Daimler dazu auch mit Mineralölkonzernen zusammenarbeitet.

Das Problem beim Brennstoffzellenauto ist jedoch die Herstellung der Zelle selber. Dazu wird teures Platin verwendet und dieses wird in Russland und Südafrika abgebaut, wobei es zu Umweltverschmutzungen und zur Missachtung der Menschenrechte kommt.

Nichtsdestotrotz. Der Stadt Uster würde es gut anstehen, in Bezug auf die Wasserstoffwirtschaft und deren praktischen Nutzen auf lokaler Ebene die Fühler auszustrecken. Die Grünen sehen schon die – immer wieder vermissten – positiven Schlagzeilen in der Presse.

Deshalb unterstützen die Grünen das Postulat der EDU und empfehlen Ihnen Ja zu stimmen.

*Patricio Frei
Gemeinderat Grüne*

Matthias Bickel

Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident

Geschätzte Anwesende

Die FDP-Fraktion wird das Postulat auf folgenden Gründen nicht unterstützen:

1) So interessant diese Technik auch ist, es ist nicht die Aufgabe der Stadt Uster, in den Betrieb des Zürcher Verkehrsverbundes einzugreifen. Der ZVV evaluiert und entscheidet über seine Transportmittel selber – wie zum Beispiel die aktuelle Testphase des Hybridbusses gut zeigt.

2) Die Technologie befindet sich auch immer noch im Versuchsstadium; die erste Euphorie der letzten Jahre ist bereits verflogen: Die technischen und politischen Herausforderungen sind weit umfangreicher als angenommen, zudem sieht der Gesamtwirkungsgrad dieser Energieform auch nicht mehr so gut aus, wie einst gerechnet.

3) Neben den prinzipiellen Hindernissen fehlen in Uster / im Zürcher Oberland zudem auch Tankstellen. Die Stadt Uster und der ZVV müssten selber welche bauen.

4) Unter anderem folgt auch aus Punkt 3, dass es für die Stadt Uster selber noch zu früh ist, Geld auszugeben, um in diese Technologie zu investieren – auch nicht in etwelche Pilotprojekte. Wir müssen in der Stadt erst andere Projekte angehen!

Fazit: Es ist daher nicht nötig, den Sachverhalt durch die Stadtverwaltung überhaupt abklären zu lassen.

Für die FDP-Fraktion:

Matthias Bickel, Gemeinderat.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

**Der Gemeinderat beschliesst
mit 16 : 7 Stimmen
das Postulat wird überwiesen.**

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 19. Mai 2014 statt.

Schluss der Sitzung

20.45 Uhr

Für das Protokoll

Die Parlamentssekretärin
Catherine Wenzel

Die Richtigkeit und Vollständigkeit
des Protokolls bezeugen

Datum

Der Präsident
Walter Meier

Datum

Die Stimmenzähler

Marianne Siegrist

Kathrin Agosti

Bruno Modolo